

Saale-Zeitung.

Einunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet...

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis

Im Halle vierteljährlich 2 50 M., bei postmaler Bestellung 2 75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 5 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren...

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Oswald Schulze in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc. Anschluss-Nr. 176.]

Nr. 32.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 20. Januar.

1897.

Russische Zustände.

Die so plötzlich in die Welt geschleuderte Nachricht, daß der Zar an einem Kopfeisen schwer erkrankt sei, ist als bald in glaubhafter Weise als unwichtig festgestellt worden...

Unter allen Umständen wird man wohl daran thun, sich stets zu erinnern, daß die russische Politik zwar ihre tiefen Traditionen hat, daß sie aber beträchtlich beeinflusst zu werden pflegt...

Was von der offiziellen und offiziellen Politik hinterher in der russischen Presse reflektiert, das will immer mit Vorbehalt aufgenommen sein, eben weil es an geeigneten Mitteln fehlt...

Da ist J. B. der „Sojet“, das Organ des vormals vieldankbaren Obersten Kommandos, der im russisch-türkischen Kriege das panslawistische Banner mit Behemem schwenkte...

wurde. Das Blatt dieses Herrn also hat dieser Tage einen wütenden antideutschen Artikel gebracht, worin von „deutschen Intriguen“ von „deutschen Tücken“ gefabelt und „das Germanentum“ als der größte Feind des russischen Volkes hingestellt wird...

Deutsches Reich.

Der „Fall Franke“

* Wir theilten bereits gestern aus Görlich die Beilage des „Falles Franke“ mit. Der 1. J. vier erwähnte Fall hat nach dem „Berl. Tagbl.“ folgenden Verlauf genommen:

Vorher Franke aus Verstoß in Schlesien hielt vor mehr als Jahresfrist, da er sich um die Stelle eines Geistlichen an einer evangelischen Kirche bewarb, in Görlich seine Probepredigt, die wegen ihres gehässigen Inhalts so gut wie verurteilt wurde...

Dieser Vorbehalt, welcher einen schweren Mißerfolg des breslauer Konfessionsrats bedeutet, sagt natürlich nichts mehr und nichts weniger, als daß Diatoms Franke als Geistlicher der evangelischen Kirchengemeinde befähigt ist.

Der verzeigte „Verjüngungsball“

* Die Frau des Oberpräsidenten von Ostpreußen Grafen Bismarck beabsichtigt im Biergarten-Saal zu Königsberg einen Wohlthätigkeitsball zu veranstalten. Nimmere verzeigte jedoch das engere Komitee folgendes Circular:

„Nachdem von der Ausführung des Planes, am 31. d. M. in dem Vorlesaal hierseits einen Wohlthätigkeitsball für den Verein „Kinderhort“ zu veranstalten, wegen nicht voranzuschreitender Schwierigkeiten Abstand genommen worden ist, erlaube ich mir, unter dem Ausdruck des Dankes für Ihre Bereitwilligkeit zur Verhelfung, den für den vorstehenden Zweck eingesetzten Betrag wieder zur Verfügung zu stellen, und bitte um eine gefällige Mitteilung an das Oberpräsidialbüro hierseits bis zum 25. d. M., ob Ihnen derselbe durch die Post zurückgegeben werden soll.“

In dem Falle hatten mit Ausnahme des einen die Direktoren des Biergartens keine Einladung erhalten. Am Publikum hatte man den genannten Ball bereits als den „Verjüngungsball“ bezeichnet. Die Verjüngung hätte aber ungenügend zu bedacht zu sein, wie sich beispielsweise Graf Bismarck zum „Verjüngung“ mit dem Vortheilhaber der Kaufmannschaft dachte.

Der Revers der Seminaristen.

op. Man schreibt uns: Wie jüngst an dieser Stelle berichtet wurde, muß sich jeder Seminarist in Zukunft statt 3 auf 5 Jahre seiner Regierung zur Annahme jeder Stelle verpflichten. Es ist klar, daß sich diese Verpflichtung nur auf bestimmte

Gegenleistungen des Staates stellen kann, was in dem Wortlaute des Reverses auch insofern zum Ausdruck gebracht wird, als darin steht, daß jeder, der vor Ablauf dieser Frist kein Amt freiwillig niederlegt, zur Rückzahlung des Schulgelbes — jährlich 60 M. — und aller empfangenen Unterweisungen gehalten werden kann. Natürlich ist jeder, der auf diese Verpflichtungen verzichtet, von den Verbindlichkeiten eines Reverses befreit, worauf aber die Schüler, soweit unsere Kenntnis reicht, in keinem Falle hingewiesen worden sind.

Kirche und Schule.

* Zum dritten Geistlichen an der Berliner Gethsemanekirche ist seit einmündiger der bekannte Pastor Wittenberg als Vicar gewählt worden, nachdem man die Wittiberg erlangt hatte, daß Pastor Wittenberg weit davon entfernt sei, eine agitatorische Thätigkeit in Berlin zu suchen. Seine Stellung als Geistlicher der inneren Mission in Schlesien hatte Wittenberg verloren, weil sein Vortrag über die Unmöglichkeit auf dem Lande das Mißvergnügen der Großgrundbesitzer erregt hatte.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Die Ermächtigung der Fernsprechtgebühren, welche vor kurzem im Reichstagsabgeordneten für den Nachboreverehr aller Orte in 50 km gegenseitiger Entfernung wirksam geworden ist (50 Pf. je St. drei Minutengespräch), wurde in Bayern mit demselben Tage noch wirksam eingeführt. Dort folgte im gleichen Maßen das 30 Minutengespräch vom 1. Januar ab nur noch 25 Pf., während die Vernehmung aller öffentlichen Sprechtellen, die weniger als 5 km vom Amt entfernt sind, im Ortsverehr auf 10 Pf. ermächtigt wurde.

Heer und Marine.

* Generalfeldmarschall Graf von Bismarck hat am 30. Juli das Jubiläum seiner 75jährigen Dienstzeit feiern; Generaloberst von Lob begibt am 7. April und Prinz Albrecht am 8. Mai das 50jährige Dienstjubiläum. Diese Tage sollen von der ganzen Armee festlich begangen werden.

Wohlfahrtsvereine.

* Die diesjährigen Generalversammlungen des Vereins der Spiritus-Fabrikanten in Deutschland und des Vereins der Stärke-Interessenten in Deutschland finden am Donnerstag, den 18. Februar um Freitag, den 19. Februar im „Englischen Haus“ in Berlin statt. Am Anhalt an die Generalversammlung findet in der Woche vom 22. bis 27. Februar eine Reihe von Vorlesungen für Brennereibesitzer und Stärkefabrikanten statt. Es werden vortragen: Prof. Dr. Heberich: Ueber die neuesten Fortschritte im Brennereibetriebe; Prof. Dr. Sauer: Ueber Stärkefabrikation; Prof. Dr. Wittelschäfer: Ueber Brennereibetriebskontrolle mit Vorlesungen im Laboratorium; Ingenieur Gossig: Ueber Maschinen und Feinbehandlung, um den Theilnehmern Gelegenheit zur weiteren Ausdrücke über technische Fragen zu geben, ist die Veranstaltung eines oder mehrerer Diskussionsabende in Aussicht genommen.

Wohlfahrtsvereine.

* Die diesjährigen Generalversammlungen des Vereins der Spiritus-Fabrikanten in Deutschland und des Vereins der Stärke-Interessenten in Deutschland finden am Donnerstag, den 18. Februar um Freitag, den 19. Februar im „Englischen Haus“ in Berlin statt. Am Anhalt an die Generalversammlung findet in der Woche vom 22. bis 27. Februar eine Reihe von Vorlesungen für Brennereibesitzer und Stärkefabrikanten statt. Es werden vortragen: Prof. Dr. Heberich: Ueber die neuesten Fortschritte im Brennereibetriebe; Prof. Dr. Sauer: Ueber Stärkefabrikation; Prof. Dr. Wittelschäfer: Ueber Brennereibetriebskontrolle mit Vorlesungen im Laboratorium; Ingenieur Gossig: Ueber Maschinen und Feinbehandlung, um den Theilnehmern Gelegenheit zur weiteren Ausdrücke über technische Fragen zu geben, ist die Veranstaltung eines oder mehrerer Diskussionsabende in Aussicht genommen. Das Honorar für sämtliche Abende beträgt 50 M. Anmeldungen werden erbeten an die Geschäftsstelle des Vereins der Spiritus-Fabrikanten, Berlin N., Zweidelfenstr. 42.

* Seit einer Reihe von Jahren hat sich die Aufmerksamkeit auf die namentlich im Kreise Wemel auftretenden Fälle von Anstalt (Lepra) gerichtet. Das Auftreten der Krankheit in Verbindung mit der Anstalt, das die Wemeler Anstalt den anwesenden Besuchern der ruffischen Hiesigen verbreitet und nachweislich von dort in Stürzen eingeleitet ist, läßt es angesichts der Anstaltsgefährdung im sanitätspolizeilichen Interesse dringend geboten erscheinen, mit Wemeler zur Abwehr nicht zu zögern. Zur Unterbringung von solchen Kranken, bei denen das Vorhandensein ansteckender Charaktere angenommen hat und die wegen ihrer Absonderung und genügende Pflege im eigenen Heim, noch eine anderweitige Unterbringung auf Kosten der zunächst Verpflichteten möglich erscheint, ist deshalb die namentlich im Kreise Wemel eine Krankenabteilung für eigene Betten nebst einem Arbeitsgebäude, Desinfektionshaus und den erforderlichen Nebenräumen einzurichten. Die Kosten einschließlich der inneren Einrichtung und der sonstigen Unterhaltung und Verpflegung sowie ärztlicher Dienste usw. sind auf 36,000 M. berechnet.

* Eine von ca. 3000 Bäckereiarbeitern besetzte Versammlung in Berlin protestierte gestern Abend mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch, die Bundesratsüberordnung nach Nachschick der Arbeiter abzuändern; sie forderte im Gegenteil eine weitere Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit auf alle Gewerkschaften und die Verarmung bescheidene, es außerdem einmütig, daß der Maximalarbeitszeit das Gewerbe schädliche. Die Versammlung erklärte es weiterhin für notwendig, daß zur zweckmäßigen Durchführung des Maximalarbeitsgesetzes, sowie zur Beförderung der sanitären Zustände im Bäckergewerbe eine Spezialkontrolle gesetzlich eingeführt wird.

Deutscher Reichstag.

156. Sitzung vom 19. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf v. Jadowatz.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Die zweite Verlesung des Staats wird fortgesetzt beim Etat des Reichshaushalts.

Abg. Venzmann (fr. Volksp.) regt die Einrichtung einer besonderen Zuständigkeitsbehörde in Zollstreitigkeiten an, wie sie kürzlich erst der Abg. Dr. Hammer gerichtet habe. Es herrsche in Zollstreitigkeiten ein großer Wirrwarr, der in manchen Fällen zu schweren Schädigungen der Interessenten geführt habe. Leider hätten sich diese Verhältnisse bisher nicht abmildern lassen. Die Einleitung dieses Wunsches verhalten. Die hätten Interessenten an den Reichstag petitioniert, der Reichstag habe diese Petitionen der Regierung überwiesen, aber man kümmerte sich in nicht die Forderungen einer wohlinformierten Majorität, wenn sie sich Geborderungen involvieren. Das ein dringendes Bedürfnis vorliege, bewiese eine große Anzahl von Petitionen. Es frage sich nur, wie die Sache zu machen sei, und ob sie gemacht werden könne. Herr Dr. Hammer verlangt Zustimmungen der Bundesstaaten. Dann sei zu berücksichtigen, daß eine Einzelheit nicht erzielt werde, deshalb empfiehe er eine Reichsanstaltsstelle. Das eine Centralstelle für Anstaltsstreitigkeiten sehr wohl möglich sei, bewiesen ähnliche in anderen Ländern. So habe Osterreich einen Zollrat, Frankreich ein centrales Zollstreitgericht. Praktisch brauchbare Vorschläge enthalte eine Petition der Wiesbadener Handelskammer. Er beantrage eine Resolution, wonach baldigst ein Gelehrtenrat vorzulegen sei, der die Einrichtung a) einer Reichsbehörde in Zollfällen, b) eines Zollstreitgerichtes beantrage.

Abg. Dr. Hammer (natl.) beantragt zum Etat des Reichshaushalts eine Resolution, welche zur Erteilung von Auskünften über Zolltarifangelegenheiten die Einleitung einzelstaatlicher Behörden wünscht und zweitens verlangt, daß unter Abänderung des § 12 des Vereinsgesetzes von 1868 die Entscheidung über Beschwerden wegen unrichtiger Anwendung des Zolltarifs durch Verwaltungsbehörden in beiden wahren und falschen Schiedsgerichtsverfahren oder durch Schiedsgerichte zu erfolgen habe.

Abg. Dr. Hammer (natl.): Ich bitte, meine Resolution anzunehmen, da gegen den Antrag Venzmann leicht reichsverfassungsmäßige Gründe vom Bundesrat geltend gemacht werden können. Die Hälfte der Reichsbeamten ist in allgemeinen Anordnungen. Zu ihrer Abhilfe ist eine Auskunftsbehörde dringend notwendig, um die Interessenten vor solchen Auskünften und Streitigkeiten der unteren Zollbehörden zu bewahren und dadurch vor Schäden zu schützen. (Hocher führt einige Fälle an, in denen die Interessenten schweren Schaden erlitten haben.) Mein Antrag steht vollständig an dem Boden der Verfassung und kann in diesem Punkte der Verfassung des Bundesrats nicht finden. Der zweite Teil meines Antrages will an die Stelle administrativen Ermessens eine verwaltungsgerichtliche Behörde oder ein Schiedsgericht setzen. Eine solche Behörde soll sich in Frankreich sehr leicht erweisen und der von mir vorgeschlagene Weg scheint mir durchaus gangbar. Die augenblickliche Verhältnisse haben in Preußen überhaupt keine Veranlassung, so Veranlassung der Reichsanstaltsbehörde ist auch nicht annehmbar, durch eine solche Behörde von einer Menge von Geschäften entlastet zu werden, die seiner sonstigen Stellung nicht entsprechen. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Stumm (fr.): Ich bin gern bereit, für den ersten Teil des Antrages Hammer zu stimmen, weil ich im Interesse des Reiches und der Verfassung der Reichsanstalt streben möchte, und allerdings eine Veranlassung der Reichsanstalt hervorgehoben. Der zweite Teil des Antrages Hammer findet meine Billigung nicht, denn der erste ist ausreichend, um den Interessenten vor Schäden zu bewahren, während der zweite dem Wesentlichen, der beim Schiedsgericht seines Bundesstaates Erfolg erzielt, zu Gute kommt, nicht aber den Kontrahenten, die in einem anderen Bundesstaate vielleicht nicht oder ohne Erfolg reklamieren würde.

Abg. Frhr. v. Stumm (natl.): Ich glaube, man kann dem Antrage Venzmann zustimmen, wenn vom Bundesrat kein Widerspruch erfolgt, aber auch dem Antrage Hammer, denn beide Anträge wollen in im Grunde dasselbe. Ein Verzicht auf eine einseitliche, schiedsgerichtliche Entscheidung, damit die Streitigkeiten nicht zu lange hinausgeschoben werden.

Staatssekretär Graf v. Posadowski: Diese Frage ist eine sehr verwickelte staatsrechtliche Frage. Es soll eine größere Einigkeit bei der Entscheidung erzielt werden; ich glaube aber, daß ein oberer Gericht nicht zu Stande zu kommen, als es jetzt durch den Bundesrat geschieht. Es können sich Differenzen in der Zollbekämpfung zwischen den obersten Bundesinstanzen ereignen, welche der Bundesrat durch Zolltarifgesetz jedoch in einem Umfang zu lindern sucht. Dem kann in Zukunft dadurch abgeholfen werden, daß man die durch die obere Zollbehörde erteilten Auskünfte ein für alle mal gelten läßt, auch wenn die Behörde sich nicht hat, und auf Nachforderungen verzichtet. Insofern verdient der erste Teil des Antrages Hammer Beachtung; eine solche Regelung der Dinge wäre auch ohne Verfassungsänderung möglich. Der zweite Teil aber schlägt eine Ausdehnung des Bundesrats vor mit demnach eine Verfassungsänderung. Za scheint es mir, als ob an deren Stelle die Behörde zu setzen. Ich kann im Bundesrat keinen Zwang ausüben, es von ihm abhängen wird, ob er auf meine Empfehlung in Zollstreitigkeiten verzichten will oder nicht. Jedoch, aber auch dann zu verstehen, daß die Regierung die in den Anträge gegebenen Anregungen auszunutzen prüfen wird.

Abg. Vech (fr. Vp.) meint, die Einrichtung einer Centralanstaltsstelle wäre möglich, ohne daß der Bundesrat dadurch beinträchtigt würde; es handle sich in doch oft nur um Auskünfte, welche am Ende des Jahres schon feststehen. Die Reichsanstalt kann, wenn dessen Ablehnung immer noch ein Hindernis auf den Antrag Hammer möglich sei.

Abg. Ulrich (Sozialdem.) befürwortet die Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichts für Zollfälle, damit auch die Auskünfte von Waaren nach einseitigen Entscheidungen geregelt werden. Er glaubt, es könne auch den weiteren Verhandlungen aufgenommen werden, wonach es dem einen Staat verboten sei, ohne Zustimmung des anderen Kontrahenten eine Waare anders zu rubrizieren, als es bei der Ratifikation des Vertrages beschlossen sei. Ohne eine solche Bestimmung sei von einer Sicherheit in der Ausübung keine Rede; das habe sich namentlich in der Lebensversicherung gezeigt, wo die Substantien außerdem die Zollschätzung durch einen Druck auf der Waare unter heraus zu folgen litten. Jetzt würde die Rubrikierung fortgesetzt werden. Auch die russische Eisenbahntariffierung wirke sehr schädigend auf die Ausfuhr, und es wäre daher sehr wünschenswert, wenn das Reichsfinanzministerium mit den Zollbehörden zinsung beziehe. Im Zollangelegenheiten mit Ausland würden auch die deutschen Behörden immer die Lasten sein.

Abg. Frey (fr. Vp.) bemerkt, mit der letzten Forderung habe sich der Vordränger in der Hercegovka der Konventionen gegeben; er hätte keinen Grund, an der Pflichttreue und Gerechtigkeit der deutschen Waaren zu zweifeln. Er empfehle den Antrag Venzmann. Die einseitige Auskunftsstelle des Reiches sei der Bundesrat nicht genehmigt. Wie möglich eine Mehrheit der Auskunftsstellen sei, hätten die Vorzüge bewiesen, daß die Reismühlen in Bremen durch die Entscheidung der Zollbehörden benachteiligt seien, während ihre Konkurrenten in Hamburg und Altona durch die gegenseitigen Entscheidungen zur Vorteil gewesen hätten.

Abg. Dr. Hammer (natl.): Bei den verfassungsmäßigen Bedenken, die gegen den Antrag Venzmann bestehen, wäre die Annahme derselben nur ein Schlag ins Wasser. Wir hätten dann nur akademische Erörterungen gepflogen. Ich bitte also meinen Antrage zuzustimmen, der das praktisch Erreichbare will.

Reichssekretär Graf v. Posadowski berichtet auf den Artikel 36 der Verfassung, wonach die Entscheidungen über Zollstreitigkeiten dem Bundesrat unterliegen. Dieses Recht des Bundesrats würde auch nach Errichtung eines Landesvollzugsgerichts bestehen, wie sie der Antrag Hammer will.

Abg. Hammer (fr. Volksp.) betont, er werde für den Antrag Venzmann stimmen, da er mit der Verfassung vereinbar sei. Er werde sich nicht an der Verfassung halten, sondern nur so lange, wie die Verfassung nicht durch einen Exporteur für ihre wiedererhöhten Waaren der Nachweis erbringen müssen, daß sie von ihnen exportiert resp. fabriziert seien. Die rigorose Handhabung der letzten Bestimmung habe die Vortheile derselben für die Industrie sei.

Reichssekretär Graf v. Posadowski erwidert, diese Bestimmung beziehe sich nicht auf die Zolltarifangelegenheiten, sondern auf die Zolltarifangelegenheiten. Wie möglich eine Mehrheit der Auskunftsstellen sei, hätten die Vorzüge bewiesen, daß die Reismühlen in Bremen durch die Entscheidung der Zollbehörden benachteiligt seien, während ihre Konkurrenten in Hamburg und Altona durch die gegenseitigen Entscheidungen zur Vorteil gewesen hätten.

Abg. Frhr. v. Stumm (freiw.) hält seine Bedenken gegen den zweiten Teil des Antrages Hammer aufrecht.

Abg. Venzmann (fr. Vp.) betont, wenn der Reichssekretär nur den ersten Teil des Antrages billigt, so könne man es gar nicht ändern. In der Tat aber hätten der Staatssekretär nur gesagt, daß eine bundesstaatliche Regelung einer reichsgerichtlichen vorzuziehen sei. Nun wolle sich der Reichstag ohne weiteres für das Schlechtere entscheiden. Er bitte also, seinen Antrag anzunehmen.

Reichssekretär Graf v. Posadowski bemerkt, er hätte nur den ersten Teil des Antrages Hammer als einen Gedanken bezeichnet, der vielleicht die Zustimmung der verbündeten Regierungen finden könne und eine Beförderung der jetzigen Mängel ermögliche.

Abg. Dr. Hammer (natl.) weist nochmals darauf hin, daß der Antrag Venzmann für die verbündeten Regierungen unannehmbar sei.

Abg. Ulrich (Soz.) bringt seinen Antrag ein, welcher die Regierung auffordert, ein internationales Schiedsgericht in Zollfällen zu errichten, sowie in alle Zollverträge die Bestimmungen aufzunehmen, daß die Waaren nur mit Zustimmung beider Kontrahenten aus dem Zollgebiet zu gehen. Er beantrage, die Reichsanstalt zu erklären, daß ihm der Antrag Venzmann außerordentlich sympathisch, der Antrag Hammer aber aus Gründen der Durchführbarkeit vorzuziehen sei.

Abg. Dr. Vech (fr.) erklärt, seine Partei werde gegen den Antrag Venzmann stimmen, dagegen sollte man den Antrag Hammer nicht annehmen. Er habe sich für den zweiten Teil des Antrages Venzmann gegen den zweiten Teil des Antrages Venzmann entschieden. Er verkenne die Stellung des Bundesrats nicht. — Er wolle sojahn die Angriffe, die im anderen Parlament gegen die Finanzpolitik des Centrums gerichtet seien, zurückweisen. Er könne unmöglich die Autonomie eines einzelstaatlichen Parlaments anerkennen, die die Politik des Reiches in der Hand der Bundesstaaten zu lassen. Er habe sich für die Reichsanstalt entschieden, weil er es für nicht angebracht halte, daß die Reichsanstalt die Zolltarifangelegenheiten in der Hand der Bundesstaaten zu lassen. Er habe sich für die Reichsanstalt entschieden, weil er es für nicht angebracht halte, daß die Reichsanstalt die Zolltarifangelegenheiten in der Hand der Bundesstaaten zu lassen.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowski: Ich glaube nicht, daß der preussische Finanzminister im Abgeordnetenhaus dem Centrum einen Vorwurf daraus machen wollen, daß es die Clausula Francensien entsprechend den geltenden Finanzverhältnissen im Ausland nicht vollständig verstanden, daß der Finanzminister noch heute an dem Standpunkte steht, daß die ausstehenden finanziellen Ansprüche des Reiches die Anforderungen an die Ueberweisungen sich nicht weiter vermehren, vielmehr Matrularbeiträge und Ueberweisungen sich bedecken sollen.

Abg. Dr. v. Bennigsen (nl.): Ich würde dem Centrum durchaus seinen Vorwurf daraus machen, wenn es angeheißt der veränderten Verhältnisse auch eine andere Finanzpolitik dieses und der zukünftigen Reiches mit seiner Partei als unethisch händigen. Ich würde dem Reichsminister, besonders auch mit Beziehung auf unsere Reichsfinanzen, die von einer ganz wüthigen Summe auf über 2 Milliarden gestiegen ist, Anzeichen in die Richtung der Ueberwinden, und ich glaube, es würde sich sehr wohl möglich sein, in Bezug auf die Gestaltung dieses und der zukünftigen Reiches mit seiner Partei als unethisch händigen. Ich würde dem Reichsminister, besonders auch mit Beziehung auf unsere Reichsfinanzen, die von einer ganz wüthigen Summe auf über 2 Milliarden gestiegen ist, Anzeichen in die Richtung der Ueberwinden, und ich glaube, es würde sich sehr wohl möglich sein, in Bezug auf die Gestaltung dieses und der zukünftigen Reiches mit seiner Partei als unethisch händigen.

Abg. Graf v. Limburg-Sturion (kon.): Der dem Reichsminister der Finanzen zwischen Reich und Einzelstaaten zu Grunde liegende Gedanke ist der, daß die Einzelstaaten dagegen gestiftet sein sollen, daß sie nicht mehr zu zahlen haben als sie bekommen. Preußen ist noch am ehesten in der Lage, sich über die überhöhten Mehrerhebungen an Steuern und sich an Steuererleichterungen zu helfen. Die lassen sich aber bei den kleineren Staaten nicht so leicht vermeiden. Das müssen wir bedenken, so sehr ich auch sonst den Gedanken des Abg. Vech begrüße, eine feste Norm für die Ueberweisungen im Interesse der Sparfamkeit zu haben.

Abg. Dr. Hammer (natl.): Das Auswachen unserer Reichsfinanzen ist zu einem großen Theil die Folge der französischen Reichsfinanzen, die h. des Unzustandes, daß wir die Ueberhöhte, welche wir hatten, nicht bezogen konnten oder nicht zu bezogen verstanden für diejenigen Zwecke, wofür sie in erster Linie hätten benutzt werden sollen, nämlich für die Schuldentilgung und die Ueberweisung der Kosten des Extrabudgets an die ordentlichen Einnahmen. Ich sehe es nun als eine bemerkenswerte Uebersicht an, daß das Centrum jetzt diese schädlichen Wirkungen für die Zukunft zu beseitigen strebt, indem es in derselben Weise, wie wir es früher vorgeschlagen haben, die Schulden des Reiches nicht mehr anschwellen lassen will. Die vollständige Schließung der Reichsfinanzen von denen der Einzelstaaten in mehr oder weniger Abhängigkeit, wie das nicht haben können, nehmen wir das Gebotene gern an.

Abg. Dr. Vech (fr.) hebt hervor, daß Bayern stets parlamentarisch und stets Mittel zu Kulturaufgaben gehabt habe. (Beifall.)

Abg. Dr. Vech (fr.) spricht seine Freude über die ihm gemachte Mitteilung aus. Die staatsrechtliche Bedeutung der Clausula Francensien aber werde von seinen Freunden stets mit aller Fähigkeit verteidigt werden, damit man allseitig eine gesunde Auseinandersetzung zwischen Reich und den Einzelstaaten im Etat vornehmen kann. Ich bin überzeugt, die kleinen Gesandten, die wir uns geneigt gemacht haben, werden die Freundlichkeit bewahren erhalten. (Beifall.)

Die Sitzung wird am 20. d. M. um 11 Uhr 15 Minuten geschlossen.

Ausland.

Frankreich.
Auf Anregung des Herzogs von Orleans sammelt der royalistische Wahlauflauf einen Wahlfonds, der fünf Millionen erreichen soll.

Belgien.
In den Kammern fand gestern eine sehr hitzige Sitzung statt, da die Sozialisten eine sofortige Behandlung des Projektes über Grenzinspektion beantragten, während die Regierung auf Vertagung des Punktes drang und Beibehaltung der Grenzinspektion beantragte. Die Sozialisten erklärten die Sozialisten unter großem Lärm, sich an derselben nicht beteiligen zu können. Der Antrag der Regierung wurde hierauf mit 68 gegen 21 Stimmen angenommen.

Schweden und Norwegen.
Gestern wurde der schwedische Reichstag vom König mit einer Thronrede eröffnet, in welcher zunächst die freundschaftlichen Beziehungen Schwedens zu dem Auslande hervorgehoben und entgegengesetzte Behauptungen, welche auch außerhalb der Landesgrenzen gemacht worden seien, bestritten wurden. Die Welt müsse wissen, daß Schwedens Freiheit des Handels durch kein Band beschränkt sei, und daß Schweden seine Handelsfreiheit und Selbständigkeit liebe. Die Bewilligungen für den Her, die der König als notwendig begehren müsse, sowie die früheren, vom Reichstage bewilligten Forderungen des Königs für das Her hätten immer nur die Sicherung der nationalen Verteidigungsmittel und der Aufrechterhaltung der Neutralität zum Zweck gehabt. Ferner spricht der König in der Thronrede seine Verwundung darüber aus, daß seine Mitwirkung als Schiedsrichter bei eventuellen Streitfällen zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika gewünscht worden sei. Schließlich erwähnt die Thronrede, daß eine günstige Ernte und günstige Konjunkturen den Wohlstand des Landes erhöhe und die Staatskassen vermehre. Die vom Reichstage im Jahre 1892 bewilligte Heeresorganisation werde in diesem Jahre vollendet werden; der König genehe daher, die Bewilligung zur veranschaulichten Mobilisierung eines Armeekorps zu beantragen. Endlich kündigt die Thronrede den Weiterbau der nördlichen Staatsbahn in der Richtung der finnischen Grenze an.

Das dem Reichstage vorgelegte Budget weist an Ausgaben 117 Millionen Kronen, d. i. 11,7 Millionen Kronen mehr auf, als das vorige Budget. Die Einnahmen sind auf 102 Millionen Kronen veranschlagt. Das Defizit wird durch den Ueberschuß früherer Jahre (14 Millionen) und durch den Ueberschuß der Reichsbank (3 Millionen) gedeckt. Das Heeresbudget ist mit 33 1/2 Millionen (gegen das vorige Budget mit 31 1/2 Millionen höher), das Marinebudget mit 14 Millionen (11 Millionen höher) bedeckt. Der Gehalt des Budgets ist hauptsächlich durch Forderungen der Besatzung von Gochowen für die Besatzungen von Gochowen, von Der-Vorland und von Osvar-Fredrikssborg, ferner durch Forderungen für die Unterhaltung und für die Beschaffung von Mobilisierungs-Ammunition veranschlagt.

Die schwedischen Mitglieder des gestern erwähnten schwedisch-norwegischen Unions-Konvents sind der Professor Trygger und der Herbedog Westblad.

England.
Da bisher die den Arbeitern geltend gemachten Ausflüsse im vergangenem Sommer gegebenen Zusicherungen die Befestigung der Arbeitszeit nicht verwirklicht worden

H. Elkan

Inventur - Ausverkauf

Galle n^o 5., Leipzigerstr. 89.
Warenhaus.
Kleiderstoffe.

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
 Inlett u. Bettzeug. Bettfedern. Leinwand. Hemdenbarchent. Hemdentuch.
 Barchentbetttücher. Tischtücher u. Servietten. Unterröcke. Damen- und
 Kinder-Schürzen. Corsetts. Plaidtücher. Regenschirme. Herren- u. Damen-Wäsche.

Freidenker,
 welche mit dem Glauben an die alten theolog. Dogmen und metaphys. Hirngespinnste in ihrem Innern längst gebrochen haben, giebt es Millionen in Deutschland. Aber unter diesen Millionen befinden sich nur einige Hundert, welche es bisher gewagt haben, durch Beitritt zu dem seit anderthalb Decennien bestehenden deutschen Freidenker-Bund ihrer Meinung Ausdruck zu geben.
 Da aber die durch uralte Organisation gestützten Feinde des Fortschritts nur durch eine ähnliche Vereinigung gegnerischer Kräfte wirksam bekämpft werden können, so ergeht hiemit an Alle (Männer wie Frauen), welche die Befreiung der Geister aus dem Fesseln der Vergangenheit wünschen, die dringende Aufforderung, sich unserem Bunde anzuschließen und im Verein mit demselben den leider immer stärker werdenden Reactions-Bestrebungen der Gegenwart auf geistigem Gebiete entgegen zu wirken.
 Der jährl. Pflichtbeitrag beträgt nur drei Mark, wofür das Organ des Bundes „Der Freidenker“ gratis geliefert wird. (ad Annahmestellen nimmt der Vorort „Wiesbaden“ (Adr. J. Hoch, Marktstr. 23) entgegen. Dasselbst jede gewünschte Auskunft.)
Der Vorstand des deutschen Freidenker-Bundes.

C. Hammer,
 Uhrenhandlung,
Leipzigerstr. 42.
 Großes Lager in
Regulateuren,
 14 Tage gehend, Mt. 12.—,
Zafenuhren,
 Goldener u. Platin, mit Goldrand,
 Mt. 10.—,
Wecker Mt. 2.50.
 Reparaturen: Feder einstellen 1 Mt., Glas 10 Pfg., Feiger 10 Pfg., Schüssel 5 Pfg. Für Alles Garantie.



„Graphic“
 ist die billigste u. beste aller wirklich brauchbaren
Schreibmaschinen!!!
 Sofort erlernbar! Keine Reparaturen!
 Viele Anerkennungsbriefe!
 Allen am Plage vorzüglich bei
Paul Simon,
 Gr. Ulrichstr. 24,
 Papierhandlung.

Elegante Damen- und Kindergarderobe
 fertig schnell und billig
I. Massmann,
 Steinweg 27, III.

Dresden. Töchter-Pensionat
 WaldstraÙe 1, Ecke Ferdinandsplatz,
 von **H. Richter & M. Hunte.**
 Vortreffliche Ausbildung in Buchführung, Sprachen, Musik, Angewandtes häusliches, liebevolle Pflege. Billiger Preis. Beste Empfehlungen durch Eltern der Pensionäre. Prospect umgehend.

Böcklin
 Bilder à Blatt Mk. 3.— à 31.
 nur noch eine kleine Anzahl zu diesem Preise am Lager bei
Otto Petermann,
 Buchhandlung, Meißnerstr. 11.

Aetz-Natron
 in nur härtester, freier Waare,
 nebst Vorschrift zum Seifenkochen
 empfiehlt
Ernst Jentzsch, Leipziger
 Str. 29.

Fürstlich Stolberg'sches Hüttenamt
 zu Ilsenburg a. Harz.
Glaserrei und Kunstglaserrei, Maschinenfabrik,
Wasserkraft, Achsen- und Schienenfabrik,
Blankschmiede.
Gusswaren: gewöhnlicher und reich ornamentierter Bauguss, Oefen, Roststäbe, Fenster, Treppen, Geländer für Treppen u. Brücken, Candelaber für Gas- und elektrische Beleuchtung, Apparate für chem. Fabriken und Gasanstalten, Schlack-Platten, Retorten, Chausseewalzen, Röhren, Hartguss-Räder für Gruben, Ziegelöfen, Steinbrüche, Bauunternehmer u. s. w., Hartgusswalzen, Roststäbe u. s. w.
Kunstguss: in vorzüglichster Ausführung. Reproduction alter Waffen, Cassetten u. s. w. und Herstellung nach eigenen Compositionen.
Dampfmaschinen, einschneidige, Zwillings- und Verbundmaschinen mit Präzisions-Schiebersteuerung, Pumpen, als Wasser-, Luft-, Kohlensäure-, Compressions- und Speisepumpen, hydraulische Pressen und Pumpwerke, Bergwerksmaschinen, vollständige Einrichtungen von Zuckerfabriken, Holzschleifereien u. s. w.
Walzisen, Schienenzüge, Wagenachsen, Blankschmiedewaren, wie Aeste, Heile, Röhren u. s. w. (ad

Geschäfts-Eröffnung.
 Mit heutigem Tage eröffne ich Königsstraße 73 eine **Stemperei**
 und bitte das geehrte Publikum, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
 Hochachtungsvoll
Robert Listing.

Prima Loden für Damenkleider
 in über 30 Farben zu außerst billigen Preisen empfiehlt
 Buchhandlung **Adolph Gans,** Markt, Rathhaus.

R. Gottschalck's
Masken-, Theater-Garderoben-Vorlei-Institut,
St. Ulrichstraße 25, 1.
 hält seine reiche Auswahl neuer feiner
Herren- u. Damen-Masken-Costüme
 bei solider Preisstellung bestens empfohlen.




Lessive Phénix,
 bestes Waschpulver,
 große Seifenwirkung, greift nicht an.
 30 Pfd. 30 s., bei 10 Pfd. 25 s.
Schabeife,
 30 s., empfiehlt
Ernst Jentzsch, Leipziger
 Str. 29.

Allerfetteste Holländer Austern,
Astrachan-Caviar in hervorragender Qualität,
Verlänger Gänse Pfd. 65 Pfg.
Hamburger Rükken, grosse Hamburger Enten 3—3,50,
Brüsseler Pouleten, Ung. Puter u. Capanen,
Häselhühner, Schmalzbraten u. Hirschküchlein,
Braunschweiger Savelatwurst u. Metzwurst Pfd. 1,20,
Thüringer Savelat- u. Westph. Schmalzwurst Pfd. 1,30,
Braunschweiger Roth- u. Leberwurst Pfd. 90 Pfg.,
Echte Frankfurter 30 u. 45 Pfg., **Fraustädter Paar** 20 Pfg.,
Süssrahmbutter der Molkerei **Wetterburg** Pfd. 1,20,
Neue Can. Kartoffeln, ff. Russ. Matjes-Heringe,
Echt Westph. Pumpernickel à Pfd. 75 Pfg.,
Blüthenhonig in Gl. Pfd. 1,00
 empfehlen täglich frisch

Holzdraht-Rolleaux für **Wohnfenster**
 Schloßfenster
 Fr. **Rudolph & Co.**
 Halle 73, Krausenstraße 10

Weiße Schmierseife,
 mit Salinial und Zerpentin, best
 geeignet zu Einreiben der Brüste,
 à Pfd. 25 s., bei 10 Pfd. 20 s.,
 empfiehlt
Ernst Jentzsch, Leipziger
 Str. 29.

Delicateß- Roggenschrotbrod
 aus garantiert reinem Roggenschrot, ärztlich bewährt als nahrhaft und leicht
 verdaulich empfohlen
Stück 25 und 50 Pfg.
 Allein-Verkauf
Rob. Weise, Meißnerstraße 15,
 Ecke Forststr.
 Zu den 2 goldenen Zuckerhüten.
 Telephon 989.

Auction.
 Donnerstag den 21. Januar cr.
 Vormittags 10 Uhr verleihere ich in
 der Kaiser Wilhelmshalle hier zwangs-
 weise gegen Barzahlung:
 8 Bände **Spamer's Conversations-**
Lexicon, 1 Bändchen, 1 eich. Gemähl-
erand, 1 mob. Schränkchen, 1 Pianino,
1 Spiegelkrant mit Marmorconsolle,
 sowie verschiedene andere Möbel und
 feiner 2 Wille Cigarren.
Mäler, Gerichtsvollzieher.

Gebr. Zorn,
Grossherzogl. Sächs. Hoflieferanten.
 Ein Transport der besten
Dänischen Pferde
 ist eingetroffen und steht preiswerth zum Verkauf.
 Deltischer Straße 8, **Fr. Zwickert.**
 Von Donnerstags den 21. d. Mts. steht ein
 Transport
besser bayrischer Zugochsen
 preiswerth bei uns zum Verkauf.
Gebr. Friedmann,
 Halle a. S., Marienstraße 24.




David's
Schokoladen
& kakaos
 werden von keinem Fabrikat übertroffen.

Auction.
 In meinem Auctionsstelle, Kleine
 Ulrichstraße 8, Hof 1, verleihere ich
 Donnerstag, den 21. d. Mts., Nach-
 mittags 2 Uhr, meistbietend gegen
 Barzahlung:
 reich **Möbilen,** darunter: Herren-
 Schreibschreib, Kleiderbügel, Sofa,
 Sammelde mit Glasfüßen, Schreib-
 kommode, großer Spiegel, Stühle,
 Tisch etc., feiner 15 Satz neue
 Billardbälle, 1 grüner Papagei mit
 Bauer, 1 Schmetterlingsammlung
 (ca. 600 Exempl.), 2 neue Ein-
 uhren, 30 Kisten hochf. Cigarren etc. etc.
J. Stenmler,
 geübt, vereid. Taxator u.
 außern. vereid. Auctionator.

Inventur - Ausverkauf.
 Aus allen Ecken unseres Leinen-, Wäsche- und Kleider-Lagers haben wir verschiedene Artikel im Preise ganz bedeutend zurückgesetzt und ist Jedermann
 Gelegenheit geboten, seine Einkäufe außerordentlich billig zu machen.
Leipziger Str. 21. Schnabel & Grünberg. Leipziger Str. 21.